

# KANTON



«Für Sie und Ihre Anliegen nehmen wir uns gerne Zeit.»

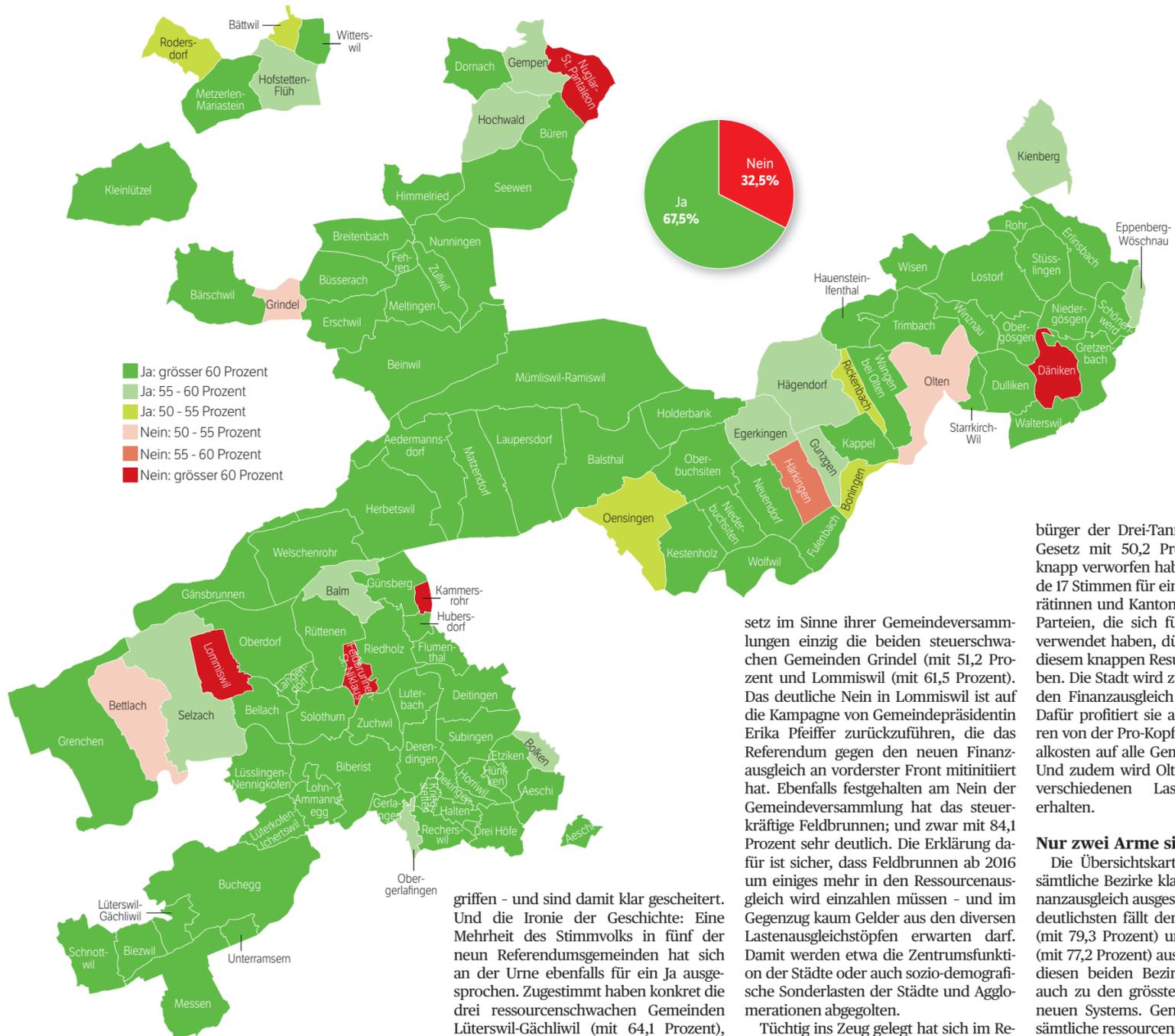
Philipp Christen  
Niederlassungsleiter  
062 916 27 11  
philipp.christen@bekb.ch

Berner Kantonalbank AG  
Hauptstrasse 20, 4702 Oensingen

B E K B | B C B E

## Nur gerade 9 von 109 Gemeinden lehnen den neuen Finanzausgleich ab

**Kantonale Abstimmung** Mit einer Mehrheit von 67,5 Prozent befürworteten die Solothurner das neue Gesetz



VON ELISABETH SEIFERT

Die Erarbeitung eines neuen Finanzausgleichs bildete in den letzten Jahren das zentrale Geschäft im Departement von Volkswirtschaftsdirktorin Esther Gassler. Das neue Gesetz ist dabei in einer breit abgestützten Projektorganisation unter Einbezug aller relevanten politischen Kräfte entstanden. Ein Vorgehen, das sich ganz offensichtlich gelohnt hat. Die Solothurner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben dem neuen Finanz- und Lastenausgleich mit 67,5 Prozent deutlich zugestimmt. Und das bedeutet: Der Kanton wird auch künftig - wie bereits seit dem Jahr 2011 - zusätzlich 15 Mio. Franken in den Finanzausgleich einschliessen. Und ab 2016, wenn das neue Gesetz in Kraft tritt, kommen noch zusätzlich bis zu 15 Mio. Franken jährlich von den steuerstarken Gemeinden dazu. Alles in allem wird der innerkantonale Finanzausgleich ab 2016 mit bis zu 45 Mio. Franken gespeist.

### Niederlage der Opposition

Das Stimmvolk folgte mit seinem klaren Ja der Empfehlung des Kantonsrats, der sich im Mai mit 76 zu 20 Stimmen ebenfalls deutlich für das neue Gesetz

ausgesprochen hat. Eine deutliche Niederlage einstecken mussten indes die Gegner des neuen Gesetzes. Neun Gemeinden hatten an ihren Gemeindeversammlungen das Referendum gegen den neuen Finanz- und Lastenausgleich er-

### KOMMENTAR

#### Was für ein Umschwung ...

Es war der 27. September 1998. Eine gewaltige Nein-Welle aus Olten-Gösgen brachte einen neuen Finanzausgleich zu Fall, der in allen andern Amteien des Kan-



von Christian von Arx

tons angenommen worden war. Acht Jahre lang liess der Regierungsrat dann die Finger von dem heissen Eisen. Erst 2006 kam aus dem Kantonsrat der Anstoss zu einem neuen Anlauf. Esther Gassler, 1998 als Gemeindepräsidentin

griffen - und sind damit klar gescheitert. Und die Ironie der Geschichte: Eine Mehrheit des Stimmvolks in fünf der neun Referendumsgemeinden hat sich an der Urne ebenfalls für ein Ja ausgesprochen. Zugestimmt haben konkret die drei ressourcenschwachen Gemeinden Lüterswil-Gächliwil (mit 64,1 Prozent), Walterswil (mit 65,4 Prozent) und Bolken (mit 55,6 Prozent). Und Ja sagte auch eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den zwei steuerstarken Referendumsgemeinden Bättwil (mit 52,5 Prozent) und Rodersdorf (mit 54,7 Prozent). Abgelehnt haben das neue Ge-

setz im Sinne ihrer Gemeindeversammlungen einzig die beiden steuerschwachen Gemeinden Grindel (mit 51,2 Prozent) und Lommiswil (mit 61,5 Prozent). Das deutliche Nein in Lommiswil ist auf die Kampagne von Gemeindepräsidentin Erika Pfeiffer zurückzuführen, die das Referendum gegen den neuen Finanzausgleich an vorderster Front mitinitiiert hat. Ebenfalls festgehalten am Nein der Gemeindeversammlung hat das steuerkräftige Feldbrunnen; und zwar mit 84,1 Prozent sehr deutlich. Die Erklärung dafür ist sicher, dass Feldbrunnen ab 2016 um einiges mehr in den Ressourcenausgleich einzahlen müssen - und im Gegenzug kaum Gelder aus den diversen Lastenausgleichstöpfen erwarten darf. Damit werden etwa die Zentrumsfunktion der Städte oder auch sozio-demografische Sonderlasten der Städte und Agglomerationen abgegolten.

Was für ein Umschwung in 16 Jahren. Ein paar Resultate aus der Region Olten führen ihn vor Augen. Dulliken lieferte damals 95 Prozent Nein, gestern waren es 91 Prozent Ja. Rickenbach, als steuerstarke Gemeinde künftig deutlich stärker belastet, stimmte dem NFA gestern

zu. In Walterswil, das zu den neun Referendumsgemeinden gehört, sagten die Stimmbürger mit 65 Prozent Ja. Und beinahe hätte der Oltner Stadtrat die gleiche Blamage erlitten: Ein Häufchen von 17 Stimmen fehlte, und Olten hätte dem NFA zugestimmt ... Der Stadtrat hat die Situation von Olten wohl zu isoliert betrachtet, die Einbettung der Stadt in die Region zu wenig gewichtet.

Schwamm drüber. Zweck des Finanzausgleichs ist es, auch Gemeinden mit weniger begüterten Steuerzahlern handlungsfähig zu erhalten. Daran ist der gestern glanzvoll angenommene NFA SO in vier, fünf Jahren zu messen!

@vonarx@oltner.tagblatt.ch

bürger der Drei-Tannen-Stadt das neue Gesetz mit 50,2 Prozent nur äusserst knapp verworfen haben. Es fehlten gerade 17 Stimmen für ein Ja. Oltner Kantonsrätinnen und Kantonsräte verschiedener Parteien, die sich für das neue Gesetz verwendet haben, dürften wesentlich zu diesem knappen Resultat beigetragen haben. Die Stadt wird zwar künftig mehr in den Finanzausgleich einzahlen müssen. Dafür profitiert sie aber bereits seit Jahren von der Pro-Kopf-Verteilung der Sozialkosten auf alle Gemeinden im Kanton. Und zudem wird Olten künftig Geld aus verschiedenen Lastenausgleichstöpfen erhalten.

### Nur zwei Arme sind dagegen

Die Übersichtskarte belegt, dass sich sämtliche Bezirke klar für den neuen Finanzausgleich ausgesprochen haben. Am deutlichsten fällt der Entscheid im Thal (mit 79,3 Prozent) und im Bucheggberg (mit 77,2 Prozent) aus. Die Gemeinden in diesen beiden Bezirken gehören denn auch zu den grössten Nutzniessern des neuen Systems. Generell fällt auf, dass sämtliche ressourcenschwachen Gemeinden - mit Ausnahme der beiden Referendumsgemeinden Grindel und Lommiswil - dem Gesetz zugestimmt haben. Die Argumentation der Lommiswiler Gemeindepräsidentin Erika Pfeiffer, dass der neue Finanzausgleich gerade auch für viele schwache Gemeinden von Nachteil sein wird, ist ohne Resonanz geblieben.

Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 75,5 Prozent spricht sich auch der Stadtbezirk Solothurn klar für das neue Gesetz aus, obwohl die Stadt als steuerstarke Gemeinde ab 2016 mit einer höheren Belastung rechnen muss. Am geringsten ist die Zustimmungsraten in den Bezirken Gäu (61,5 Prozent) und Dorneck (61,4 Prozent). Eher tief liegt der Ja-Stimmen-Anteil auch in den Bezirken Olten (62,6 Prozent) und Lebern (62,8 Prozent). In diesen Bezirken befinden sich mehrere steuerkräftige Gemeinden, die ab 2016 stärker zur Kasse gebeten werden. Ähnlich wie Solothurn stimmt der grössere Teil dieser Gemeinden dennoch für das neue Finanzausgleichsgesetz, wenn auch weniger deutlich. Im Bezirk Dorneck ist das neben Bättwil und Rodersdorf etwa auch Witterswil, Hofstetten-Flüh und Hochwald. Das gleiche gilt für steuerkräftigere Gemeinden im Gäu, etwa Oensingen,

FORTSETZUNG AUF SEITE 10